

**BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN**  
**PRÄSIDIUM**

Zl. 05 0301/33-Pr.1/85

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Verwaltungsgerichts-  
hofgesetz 1985 geändert wird;  
Stellungnahme des Bundesministe-  
riums für Finanzen

Himmelpfortgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 53 33 / Kl. 13 12

Durchwahl

Wien, 17. September 1985

Sachbearbeiter: Dr. Binder

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1017 W i e n

GESETZENTWURF	
65 - GE/9 85	
Datum:	20. SEP. 1985
Verteilt:	23. SEP. 1985 <i>Vanich</i>

*H. Orzinger*

Im Sinne der EntschlieÙung des Nationalrates betreffend die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzentwürfe beehrt sich das Bundesministerium für Finanzen in der Anlage seine Stellungnahme zu dem vom Bundeskanzleramt mit Note vom Juli 1985, GZ. 601.457/5-V/1/85, versendeten Gesetzentwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 geändert wird, in 25facher Ausfertigung zu übermitteln.

25 Beilagen

Für den Bundesminister:

Dr. Horak

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Horak*

**BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN**  
**PRÄSIDIUM**

Zl. 05 0301/33-Pr.1/85

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Verwaltungsgerichts-  
hofgesetz 1985 geändert wird;  
Stellungnahme des Bundesministe-  
riums für Finanzen

Himmelpfortgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 53 33 / Kl. 13 12

Durchwahl

Wien, 17. September 1985

Sachbearbeiter: Dr. Binder

An das  
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2  
1014 W I E N

Bezugnehmend auf die do. Note vom Juli 1985,  
GZ. 601.457/5-V/1/85, beehrt sich das Bundesministerium  
für Finanzen mitzuteilen, daß gegen den versendeten Ent-  
wurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsge-  
richtshofgesetz 1985 geändert wird, keine Bedenken be-  
stehen.

Die im § 27 des Entwurfes vorgesehene Verlängerung der  
Frist erscheint zweckmäßig. Sie kommt in jenen Fällen zum  
Tragen, in denen von einer obersten Bundes- oder Landes-  
behörde ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchzuführen  
ist. Durch den Wortlaut der entsprechenden Bestimmung des  
Entwurfes wird zum Ausdruck gebracht, daß die Fristver-  
längerung tatsächlich nur dann eintreten soll, wenn -  
innerhalb der Frist von sechs Monaten - ein Bürgerbetei-  
ligungsverfahren stattgefunden hat und die Anhörung  
durchgeführt ist.

- 2 -

Der Wortlaut im § 27 weicht von jenem im § 73 Abs. 4 des Entwurfes eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz geändert wird, ab.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für den Bundesminister:

Dr. Horak

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. - 65' or similar, written over a horizontal line.